

WObAU- VERKAUF VERGESSEN? VON WEGEN!

Das hätte Bürgermeister Freitag wohl gerne: Seine politischen Gegner als „Buhmänner und -frauen“ darstellen und sich selbst und seine politischen Machenschaften in Velbert damit reinwaschen. Aber den Gefallen tun wir LINKE ihm nicht!

So ließ sich Freitag nach der Aufgabe des Bürgerbegehrens für den Erhalt der Villa Herminghaus (was wir sehr bedauern) in der Presse vernehmen, er sei froh darüber, dass der Stadt die ca. 50.000 Euro dafür erspart geblieben seien. Denn Grüne und LINKE hätten z.B. beim Bürgerbegehren gegen den Wobau-Verkauf 2007 diese Summe mutwillig verursacht.

So, so, Herr Freitag. Die Sache ist gerade einmal drei Jahre her, und sie spekulieren schon auf die Vergesslichkeit unserer Mitbürger... Von Wegen!

In Wirklichkeit hat damals BM Freitag gemeinsam mit CDU und SPD versucht, die Wobau mit ihren über 10.000 Mietern an den meistbieten-

den Immobilienhai zu verschern. Und das die Stadt im Vorfeld noch ca. 500.000 Euro an Gutachten kosten lassen. Die sog. „Genossenschaftsoption“ entpuppte sich dann auch bald als Luftnummer. Und dass alle diejenigen, die das Bürgerbegehren „Pro Wobau“ unterstützt haben (Gewerkschafter, Mieterverein, Grüne, LINKE und Parteilose) mit ihrer konsequenten Haltung gegen den Wobau-Verkauf Recht hatten, zeigte sich Ende letzten Jahres, als die Wobau (mit Unterstützung von CDU, SPD u.a.) 716 Wohnungen an den Immobilienfonds „Brack Capital“ verkaufte! So war's wirklich, Herr Freitag!

Aber dass Ihnen bei so viel politischem Gegenwind gegen ihre super-teuren Pläne Sportzentrum, Marktzentrum usw. schon einmal Halbwahrheiten herausrutschen, kann man sich ja fast denken... Nur: Für dumm verkaufen lassen wir uns deshalb noch lange nicht!

BERICHT VON DER DEMO:

„Hartz IV muss weg!“

6,5 Mio. Menschen in Deutschland (darunter 1,3 Mio. Kinder!) müssen von Hartz IV leben. Dagegen formiert sich auch in Velbert immer lauterer Protest.

Am Samstag, dem 17.4. mahnte eine Gruppe von Demonstranten in der Velberter Innenstadt daran, dass Hartz IV Armut und Entwürdigung per Gesetz heißt. Nach dem das höchste deutsche Gericht festgestellt hat, dass Hartz IV Grundrechte verletzt, sollte man ein Umdenken von der Politik erwarten – stattdessen fordert die SPD Frau Kraft die oft unverschuldet in diese Notlage gekommenen zum Dreck fegen auf.

Gegen derartige Zumutungen wendeten sich die Menschen, die mit Transparenten und Trommeln durch die City zogen. Besonders die Abschlusskundgebung erweckte Aufmerksamkeit. Mit kreativen Aktionen wie einer Straßenzzeitung und einem selbst geschriebenen Lied, das zur Musik mitgebrachter Instrumente angestimmt wurde, zeigten die Demonstranten alles andere als Resignation.

Ingrid Schween berichtete den Anwesenden von Ihren Erfahrungen aus der Hartz IV Beratung und klärte die nicht Betroffenen über die Tücken bürokratischer Details auf, die dafür sorgen, dass die 359€ pro Monat weiter zusammenschmelzen.

Serdar "Agit" Boztemur und Rainer Koester stellten in Ihren Reden den Zusammenhang mit der großen Politik her, während die Gleichgültigkeit der Vertreter anderer Parteien an ihren Infoständen kein gutes Bild von deren Einsatzwillen für die Armen der Gesellschaft abgab.



DIE LINKE. KÜMMERT SICH UM DIE SORGEN UND NÖTE DER KLEINEN LEUTE

Wahlversprechen hört und sieht man momentan viel und von allen Parteien. Aber DIE LINKE. in Velbert redet nicht nur. Wir tun auch etwas für unsere Mitbürger – und zwar besonders dann, wenn ihnen übel mitgespielt wird !

So hat DIE LINKE. bereits im letzten Sommer gegen die oft unkorrekten Nebenkostenabrechnungen der Wobau Stellung bezogen und die Mieter über ihre Rechte aufgeklärt. Ähnlich verhielt es sich wenig später mit den Mieterhöhungen der Wobau – zum großen Teil für Wohnungen, an denen über 30 Jahre so gut wie nichts gemacht wurde und die in Birth, Am Kostenberg und Am Berg wenig später an „Brack Capital“ verkauft wurden! (Das war wohl im Kommunalwahlkampf 2009 klammheimlich mit Zustimmung von CDU, SPD u.a. so eingefädelt worden...)

Wir haben den betroffenen Mietern in drei Versammlungen zur Seite gestanden und zuletzt mit Hilfe des Mietervereins wichtige Tipps gegeben - vor zuletzt 40 Betroffenen.

Und wir sind auch jetzt am Ball, wenn es darum geht, die extremen Lärmschädigungen der Anwohner an der Heiligenhauser- und Heidestraße sowie anderswo durch wirksame Maßnahmen wie dreifache Schallschutzfenster zu bekämpfen.

Nicht zuletzt haben wir das Bürgerbegehren für den Erhalt der Herminghaus-Villa mit unterstützt und sind aktive Mitstreiter für eine 2. öffentliche Gesamtschule in Velbert. Auch unser Eintreten für Tischtennisplatten in Neviges-Siepen, einen Bolzplatz in Tönisheide oder eine Fußgänger-Querung dort sind für uns nicht Kleinigkeiten, sondern Beleg dafür, dass wir wissen wollen, wo unsere Mitbürger der Schuh drückt. Und dass wir dann nicht wie die „Katze um den heißen Brei“ reden, sondern mit Rat und Tat für unsere Mitmenschen aktiv sind. Und das wird so bleiben!

RAT HEBELT ANTRAG DER LINKEN ZUR GESAMTSCHULE AUS

DIE LINKE. Velbert hat in der Ratssitzung vom 16. März 2010 den Antrag gestellt, dass die Stadtverwaltung prüfen soll, wie der Bedarf an zusätzlichen Gesamtschulplätzen gedeckt werden kann. Mit windigen Tricks wurde der Antrag ausgehebelt.

Die Faktenlage scheint klar: 70% der Velberter Schüler wollen nach der Grundschule auf die Gesamtschule. Weniger als die Hälfte davon konnten angenommen werden. Damit setzt sich der Trend der vergangenen Jahre nahtlos fort.

Den anderen Ratsfraktionen (Grüne ausgenommen) war diese Faktenlage aber angeblich nicht eindeutig genug. Mehr noch: anstatt die Stadtverwaltung wenigstens mit der Prüfung der Situation zu beauftragen, zog man es vor, die Diskussion über einen solchen Prüfauftrag auf die nächste Sitzung des Ausschusses für Schule und Bildung am 11. Mai zu vertagen. Das bedeutet zwei Monate Verzögerung bei einem Thema, das hunderten von Eltern auf den Nägeln brennt, und für viele Schüler die Entscheidung über ihre Zukunftschancen bedeutet. Und wie zufällig fällt diese Diskussion damit auf die Zeit nach der Landtagswahl...

DIE LINKE. hält dies für ein durchsichtiges Manöver, um vor der Wahl zum Gesamtschulthema keine Stellung beziehen zu müssen. Ein Manöver, das für die Eltern kommender Generationen in Velbert nichts gutes verheißt. Es ist besonders enttäuschend, wenn die SPD, die sich ja eigentlich die Unterstützung der Gesamtschulen auf die Fahnen geschrieben hat, sich für so etwas hergibt. Hier täte die SPD gut daran, auf den eigenen Jugendverband zu hören, der sich aktiv an der Bürgerinitiative für eine neue Gesamtschule beteiligt.

Lärm-Skandal:

T A U S E N D E V E L B E R T E R M I T B Ü R G E R S I N D E X T R E M H O H E N L Ä R M P E G E L N A U S - G E S E T Z T !

„Das ist ja nichts Neues,“ werden uns Experten wie Betroffene dazu sagen. Das mag sein, aber dadurch wird die Sache nicht besser. Die Messwerte liegen seit über einem Jahr vor. Und die sind schlecht für die Anwohner von Heiligenhauser-, Heide-, Rheinland- und Langenberger Straße. Denn hier erreicht der Lärm tagsüber Werte von über 65 dB(A) bis zu über 75 dB(A). Betroffen sind davon ca. 4.000 Menschen!

Die medizinischen Folgen sind ebenfalls bekannt: Langfristig können Schwerhörigkeit, Tinnitus, Kopfschmerzen, Herzrhythmusstörungen und Herzflimmern auftreten. Bei Männern kann das Infarktrisiko um 30% steigen. Also beileibe keine Kleinigkeiten, die durch extremen Verkehrslärm entstehen können!

Dabei strahlt der Lärm auch noch z.T. tief in die angrenzenden Seitenstraßen hinein: Marsstr., Wordenbecker Weg, E.-M.-Arndt-Str., Zur Sonnenblume, Jahnstr., Posener Str., H.-Böckler-Str., Birkenstr., Am Kostenberg, Weißdornstr., Fr.-Ebert-Str., W.-Brandt-Platz, Berliner Str., Oststr. u.a.m. Das sind nur die Straßen mit mehr als 16.400 Fahrzeugen am Tag. Wenig darunter dürften aber z.B. Güterstr., Höferstr., Grünstr., Kurze Str., Schwanenstr. und Schloßstr. liegen.

Übrigens: Von allen vorgeschlagenen Maßnahmen (Flüsterasphalt, Grünphase etc.) helfen nur Zwei- und Dreifachverglasung wirklich (minus30 – 35 dB(A)). Diese Fenster sind über öffentliche Mittel (KfW u.a.) bezuschussbar und müssen deshalb nicht zwangsweise zu höheren Mieten führen.

Also: Wobau, Brack Capital, GAGFAH, BGN, Spar & Bauverein und andere Wohnungseigentümer aufgepasst!

Ihre Initiative ist gefragt! Es geht um die Gesundheit tausender Velberter Mieter!



DIE ZUKUNFT DER GESAMTSCHULE

Fragen der Gemeinnützigen Gesellschaft Gesamtschule NRW e.V. an DIE LINKE. NRW (Auszüge)

GGG: Welche Ideen haben Sie, um Neugründungen zu fördern oder wenigstens zu ermöglichen? An welche Änderungen im Schulgesetz denken Sie dabei?

Für DIE LINKE.NRW ist klar: Wir wollen „Eine Schule für Alle“ von der ersten bis zur zehnten Klasse für alle Kinder in Ganztagsform. Diese Art der Schule, die einerseits Förderschulen, andererseits das Gymnasium einbezieht, ist für uns die optimale Lösung für ein integratives, barrierefreies und soziales Schulsystem. Auf dem Weg dort hin ist die Gesamtschule die sinnvollste Alternative. Deswegen fordert DIE LINKE.NRW einen Rechtsanspruch für einen Platz in einer Gesamtschule für jedes Kind, das dort angemeldet wird.

GGG: Wie wollen Sie einen Beitrag zur Würdigung und Sicherung der Arbeit der Gesamtschulen leisten?

Die Gesamtschulen sind für DIE LINKE.NRW die Schulform, mit der der Übergang zu „Einer Schule für Alle“ gestaltet werden kann. Bereits jetzt sind sie Ganztagschulen mit Mittagsverpflegung und Freizeitangeboten. Förderung im künstlerisch/musischen Bereich, in Ökologie und der Berufsorientierung wird bereits jetzt von ihnen angeboten. Deswegen fordern wir bis zur Umsetzung der „Einen Schule für Alle“ den weiteren Ausbau von Gesamtschulen als Ganztagschulen und die Umwandlung vorhandener Hauptschulen in Gesamtschulen.

GGG: Was wollen Sie tun, um allen Gesamtschulen, den kürzlich neu gegründeten und den noch zu gründenden, den Ganztagsbetrieb zu ermöglichen?

Schule muss Plattform für soziale Entwicklung sein, so dass nicht nur das gemeinsame ganztägige Lernen, sondern auch eine gemeinsame Gestaltung der Freizeit dazugehört. Vielfältige Sport-, Musik- und Freizeitangebote fördern das soziale Miteinander in der Schule, die Freude am Lernen und sind wichtig für eine gesunde Entwicklung. Das Angebot im schulischen Ganztags muss erweitert werden. DIE LINKE.NRW fordert die Einstellung und Beschäftigung von ausreichendem und qualifiziertem Lehr- und Betreuungspersonal nach den Regeln

geltender Tarifverträge.

GGG: Wie stehen Sie zur verpflichtenden Grundschulempfehlung? Mit welchen Maßnahmen wollen Sie den Eltern die Wahlfreiheit zurück geben?

DIE LINKE.NRW will die verbindlichen Grundschulgutachten abschaffen. Durch „Eine Schule für Alle“ fällt die Selektion nach der vierten Klasse weg. Dies ist dringend notwendig, denn der Wechsel in eine andere Schulform widerspricht allen wissenschaftlichen Erkenntnissen und ist sozial stark selektiv. Beispielsweise wird ein Kind mit erkennbarem Migrationshintergrund bei gleicher Leistung nach der Grundschule nicht so schnell auf ein Gymnasium oder eine Realschule empfohlen wie ein deutsches Kind.

GGG: Die Ausstattung der Schulen ist eine Investition in die Zukunft. Welche Möglichkeiten sehen Sie, diese mit Priorität zu versehen?

Das deutsche Bildungssystem leidet seit Jahren daran, dass viel zu wenig Geld zur Verfügung steht. Entgegen aller Sonntagreden der anderen Parteien sind die

Bildungsausgaben in den letzten Jahren im Verhältnis zur volkswirtschaftlichen Gesamtleistung (Bruttoinlandsprodukt BIP) sogar gesunken. DIE LINKE.NRW setzt sich nachdrücklich für eine gute und angemessene Sach- und Raumausstattung aller Bildungseinrichtungen ein. Wir fordern die Erhöhung der öffentlichen Bildungsausgaben von 4,5 auf mindestens 7 Prozent des BIP. Dies entspricht dem Niveau von Schweden im Bereich Bildung.

GGG: Wie ist zu gewährleisten, dass auch Kommunen ohne ausgeglichenen Haushalt die Neugründung einer Gesamtschule ermöglicht wird?

DIE LINKE.NRW fordert einen nationalen Bildungspakt, der sicherstellt, dass durch eine Umverteilung der Steuereinnahmen von Ländern und Kommunen mehr Geld für Bildung zur Verfügung steht. Die privaten Ersatzschulen sollen nicht mehr durch Landesmittel gefördert werden. Gründungen neuer Gesamtschulen, trotz des Wunsches der Eltern und Kommunen, dürfen durch die Landesregierung nicht mehr verhindert werden.

NIE WAR DIE SPD SO LINKS WIE VOR DER WAHL – UND DANACH?

Schon im letzten Sommer war zu hören und zu lesen: Die SPD sei wieder links. Angeblich wollte sie Hartz IV nachbessern, Mindestlöhne per Gesetz einführen und das "Finanzkapital" zügeln. Schröders "Agenda 2010" nahm man gar nicht mehr in den Mund. Aber von alldem ist gut neun Monate später nur noch Wahlkampfgetöse übrig. Frau Kraft will in NRW Arbeitslose Dreck fegen lassen. Von höheren Regelsätzen bei Hartz IV hört man von der SPD nichts mehr. Und an den Finanzmärkten wird wieder gezockt wie zuvor – mit vollem Risiko. Währenddessen müssen wir Bürger für das 500 Mrd. Euro Geschenk an die Banken mit unseren Steuergeldern einstehen, während angeblich kein Geld für die mit ca. 7,5 Mrd.-Euro verschuldeten Städte da ist. Gleichzeitig verlängert die SPD im Bundestag den Afghanistan Einsatz und erhöht ihn auf über 5000 Soldaten. Das soll links sein?

Und wie sieht es mit unserem Velberter SPD Landtagskandidaten Münchow aus? Sportpalast: Ja. Marktzentrum: Ja. Scheibchenweise Privatisierung des Klinikums: Ja. Verkauf von bisher 716 Wobau-Wohnungen an den „Privat-Investor“ Brack-Capital: Ja. **Und zur 2. öffentlichen Gesamtschule in Velbert?** Angeblich: Ja. Aber wenn's geht, doch bitte in Wülfrath. Wieso denn das? Stehen da Schulgebäude leer? Oder hat Wülfrath so viel Geld für einen Schulneubau? Leider ist unsere kleine Nachbarstadt noch ärmer dran als wir. Wo sind bitteschön seit Jahr und Tag über 170 Schüler für die 5. Klasse abgewiesen worden und 70 in Kl.II? Bei uns! Nein, Herr Münchow. Das alles erscheint uns nur als großes Ablenkungsmanöver für die Wähler. Frei nach dem Motto: Linke Parolen posaunen, in Wirklichkeit bürger- und sozialfeindliche Politik in Velbert mit tragen. Gut zu wissen. Wer wirklich linke Politik will, muss DIE LINKE. wählen. Auch am 9. Mai in den Landtag. **Denn ein Landtag ohne DIE LINKE. ist wie Suppe ohne Salz!**

begleitet von Geige, Gitarre und Trommel:
(Melodie nach dem Volkslied: "Mariechen saß weinend im Garten.")

1. Mariechen sitzt weinend im Garten
Und liest den Hartz-IV-Bescheid
Drin steht: "Wir können nicht warten-
Sie müssen jetzt raus, tut uns leid!

Refrain:

Sie haben kein Erbarmen
Die Herr'n von der Agentur
Mit Arbeitslosen und Armen
Was soll aus uns werden, was nur?

2. Weil die Wohnung angeblich zu groß ist,
drum muss das Mariechen da raus.
Das ist doch ein elender Bockmist
Und findet nicht unser'n Applaus.

Refrain

3. Politiker großer Parteien
die hau'n auf uns drauf mit Hartz IV
Sie wollen die Bürger entzweien
In dagegen und dafür.

Refrain:

Sie haben kein Erbarmen
Schwarz-Gelb und das Kapital
Mit Arbeitslosen und Armen
Und finden: Hartz IV ist normal!

4. Drum merkt Euch,
wer Euch schlecht behandelt
Bei Grün, CDU, FDP
Auch die Sozis tun nur wie verwandelt
Doch wirklich den Bossen nicht weh!

Refrain:

Doch am 9. Mai, dann sind Wahlen
Für den Landtag in NRW
Und DIE LINKE, die soll dann strahlen
Denn DIE LINKE, die ist okay!

Aufruf von Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern zur Landtagswahl in NRW am 09. Mai 2010

NRW braucht gerechte Löhne und menschenwürdige Arbeitsbedingungen.

Ministerpräsident Rüttgers schmückt sich gerne mit sozialer Rhetorik. Dabei hat er 2006 das Tarifreuegesetz in NRW abgeschafft, die Mitbestimmung im öffentlichen Dienst geschliffen und Leiharbeit im öffentlichen Dienst, wie im Uniklinikum Essen, zugelassen.

Die Wirtschaftskrise trifft die Menschen im industriell geprägten NRW besonders hart. Wenn nichts unternommen wird, steht ein sozialer Kahlschlag in vielen Betrieben und ganzen Regionen an. Die Hartz-Gesetze nötigen Beschäftigte und Erwerbslose zur Aufnahme von Leiharbeit und Arbeit zu Niedriglöhnen. Seit Jahren werden öffentliche Einrichtungen privatisiert. Die Daseinsvorsorge der Bürgerinnen und Bürger und die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten verschlechtern sich massiv.

Damit muss Schluss sein. Wir wollen ein soziales NRW. NRW braucht:

- ein Zukunftsinvestitionsprogramm und einen Industriefond für NRW - um Arbeitsplätze abzusichern und zu schaffen.
- ein Tarifreuegesetz – gegen Armutslöhne und Lohndumping bei öffentlichen Aufträgen.
- mehr Mitbestimmung – für ein verbessertes Landespersonalvertretungsgesetz.
- Arbeitszeitverkürzung im öffentlichen Dienst – Arbeit muss gerecht verteilt werden. Das Land sollte hier eine Vorreiterrolle übernehmen.
- eine Ausbildungsplatzinitiative - gute Ausbildung & Übernahme für alle durch eine Ausbildungsplatzabgabe NRW.

Erhalt und Rekommunalisierung öffentlicher Güter – die Privatisierung der Daseinsvorsorge muss gestoppt werden. Jede Stimme für DIE LINKE ist eine Stimme für ein anderes, ein besseres Nordrhein-Westfalen.

Denn nur DIE LINKE setzt sich für ein sozial gerechtes und demokratisches Nordrhein-Westfalen ein. Nur DIE LINKE kämpft konsequent für die Interessen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern.

Wir rufen auf, bei der NRW-Wahl DIE LINKE zu wählen!

Liste der Erstunterzeichner und Mitzeichnungsmöglichkeit unter www.wir-waehlen-links.de

DIE LINKE.: AUCH BEI UNS GIBT ES CHRISTEN

Mit dem Hinweis auf sozial engagierte Christen auch unter ihren Anhängern weist DIE LINKE. auf viele Gemeinsamkeiten mit christlich orientierten Menschen im Eintreten für arme und benachteiligte hin. Besonders mit dem Begründer der katholischen Soziallehre in Velbert, Dr. Nikolaus Ehlen, verbindet die Velberter LINKEN viel.

„Er war nicht nur ein geradliniger Pazifist und Hitlergegner, sondern auch ein Sozialreformer der Tat. Sein Siedlungskonzept von Selbstversorgung und solidarischer Hilfe mitten in der Weltwirtschaftskrise ringt uns noch heute Bewunderung ab“, so Landtagskandidat Serdar Boztemur, der bedauert, nicht zur KAB- Diskussion am 12.4. im Don-Bosco-Pfarrheim eingeladen worden zu sein.

Aufgemerkt!

Nicht nur zu Wahlkampfzeiten sind wir für Sie da!

Unser Büro ist für Sie geöffnet:

Montags: 15:00 bis 17:00 Uhr

Mittwochs: 15:00 bis 18:00 Uhr

Donnerstags: 15:00 bis 17:00 Uhr

Telefonisch erreichen Sie uns unter:

0 20 51 / 93 28 10

Schlüsselbund

erscheint unregelmäßig im Raum Velbert.

V.i.s.d.P. für diese Ausgabe:

Klaus Endt und Ingrid Schween.

Offerstr. 14a

42551 Velbert

buero@dielinke-velbert.de

www.dielinke-velbert.de

Die Redaktion behält sich vor, Einsendungen zu kürzen. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben die Meinung des/der Verfasser wieder.

Termine

Donnerstag	22.04.2010	11:00 Uhr	Schülerstreik (Velbert, Willi Brandt-Platz)
Freitag	23.04.2010	10:00 Uhr	Podiumsdiskussion (Velbert, Berufskolleg Bleibergquelle)
Montag	26.04.2010	18:00 Uhr	Bürgersprechstunde (Neviges, Vereinsheim Sportfreunde Siepen)
Samstag	01.05.2010	11:00 Uhr	1. Mai Fest der Gewerkschaften (Velbert, Karrenbergplatz)
Samstag	08.05.2010	15:00 Uhr	Konzert gegen Rassismus (Langenberg, Froweinplatz)
Sonntag	09.05.2010	ganztägig	Landtagswahl (in Ihrem Wahllokal)

Außerdem regelmäßig Infostände in Velbert Mitte, Neviges, Langenberg und am Berg! Genaue Orte und Zeiten unter Aktuelles auf unserer Webseite www.dielinke-velbert.de